

100-Millionen-Paket für Thüringer Kommunen

Gesetzentwurf der Koalition kann nach den Beratungen im Mai beschlossen werden

Das sogenannte 100-Millionen-Paket-Gesetz debattierte der Thüringer Landtag am 22. März in erster Lesung. Den Fraktionen DIE LINKE, SPD, B90/Die Grünen geht es mit dem Gesetzentwurf um die Bereitstellung zusätzlicher Investitionsmittel für die Bereiche Kultur- und Denkmalpflege, Brandschutz, Kitas, Sportstätten und Schwimmbäder, Breitbandausbau, Gewässerunterhaltung und Abwasserbehandlung, kommunaler Klimaschutz, Radwege und Verkehrsinfrastruktur sowie die Barrierefreiheit in den Kommunen.

Ralf Kalich, Sprecher der Linksfraktion für Kommunalfinanzen, betonte: „Die Regierungsparteien beabsichtigen damit, gezielt den Investitionsstau in den kommunalen Strukturen in den Jahren 2017 und 2018 mit jeweils 50 Millionen Euro abzubauen.“ Vor allem auch finanzschwachen Kommunen, die Eigenanteile für Förderprogramme nicht aufbringen können, sollen zielgerichtete Investitionen in die Infrastruktur ermöglicht werden. In Ausnahmefällen kann der Eigenanteil komplett vom Land zu übernommen werden. Und „wo die konkrete Möglichkeit besteht, sollen Förderprogramme finanziell aufgestockt werden, damit Förderprioritätenlisten schneller abgearbeitet werden können“.

CDU verfügt über kein Finanzkonzept für das Land

Der LINKE-Abgeordnete machte auf drei Abschnitte im eingebrachten Gesetz aufmerksam, die spezielle Problemfälle behandeln. So werden Krankenhäusern in kommunaler Trägerschaft zusätzliche Investitionsmittel zu Verfügung gestellt. Geregelt werden die Unterstützung von Tierheimen in unterschiedlicher Trägerschaft sowie

die Unterstützung für den Erhalt des Rennsteigshuttles. Gleichzeitig werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Finanzhilfen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen vom Land kofinanziert werden können.

Und Ralf Kalich weiter: „In den letzten Wochen sind eine Reihe von Stimmen in der CDU laut geworden, die ei-



ne sehr unterschiedliche Verwendung der Mittel aus der Rücklage des Landes einforderten. So sprach Landrat Thomas Fügmann, Saale-Orla-Kreis, davon, alle Mittel den Kommunen zur Verfügung zu stellen. Der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Maik Kowalleck, forderte, im Gegensatz zu einem Antrag vom Dezember, alles zur Schuldentilgung einzusetzen.

Allein diese beiden völlig konträren Meinungen zeigen, dass die CDU über kein finanzpolitisches Konzept für unser Land verfügt. Der geplante Einsatz weiterer Mittel aus der Rücklage in Höhe von 140 Millionen Euro, um den Aufwuchs des Sondervermögens Wasser/Abwasser zu verhindern, sowie der Einsatz von 26 Millionen Euro, um ökologische Altlasten vorwiegend von

Kali+Salz abzubauen, zeigen, dass die rot-rot-grüne Landesregierung sehr verantwortungsvoll mit den Ressourcen des Landes umgeht. Es gibt mit uns kein unüberlegtes Ausgeben von finanziellen Mitteln.“

Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung in die Ausschüsse des Landtags überwiesen. „Somit kann das Gesetz noch im Mai beschlossen werden. Damit können die ersten Gelder noch vor der Sommerpause an die Kommunen ausgereicht werden“, wie Ralf Kalich in einer Presseinformation mitteilte.

Zusätzliche Invest-Mittel von insgesamt 172 Millionen Euro

Rechnet man zu den 100 Millionen, dass ab 2017 Mittel in Höhe von 72 Millionen Euro vom Bund für Investitionen in die Schulinfrastruktur bereitstehen, können die Kommunen in diesem und den kommenden Jahren über zusätzliche Investitionsmittel in Höhe von 172 Millionen Euro verfügen.

„Mit dem vorgesehenen Investitionspaket unterstützen wir die Kommunen bei wichtigen Zukunftsinvestitionen. Das Schulinvestitionspaket des Bundes wird vom Land zu 100 Prozent kofinanziert, was insbesondere den Landkreisen und kreisfreien Städten hilft. Weitere Gelder des Landes sollen die Kommunen unter anderem beim Breitbandausbau, beim Brandschutz, bei Kita-Investitionen, bei der Gewässerunterhaltung, bei Investitionen in Sportstätten und Schwimmbäder sowie bei Energiesparinvestitionen unterstützen“, so der Abgeordnete. Er weist zudem auf die geplanten Mittel in Höhe von einer Million Euro für den Rennsteig Shuttle. „Das ist ein wichtiger Bestandteil für den Erhalt des Betriebes des Shuttles und somit ein wichtiger Beitrag für den Rennsteigtourismus“, betonte Ralf Kalich. ■

VON A BIS Z:

Bleiberecht

Nachdem Brandenburg bereits im Januar den bundesweit ersten Erlass beschlossen hat, der Opfern rechter Gewalt ein Bleiberecht ermöglichen soll, ziehen die Thüringer Koalitionsfraktionen nach und planen, mit einem Beschluss des Landtags die Landesregierung zu einem ähnlichen Schritt aufzufordern.

„Wir wollen auf Grundlage des geltenden Aufenthaltsrechts dafür sorgen, dass Opfer rassistisch motivierter Gewalttaten ein humanitäres Bleiberecht gewährt bekommen. Damit soll ein klares Signal an die Täterinnen und Täter derartiger Angriffe gesendet werden, dass nämlich genau das Gegenteil dessen passiert, was sie eigentlich wollen: die Verunsicherung und Vertreibung der Menschen“, so die Flüchtlingspolitikerinnen Sabine Berninger (LINKE), Diana Lehmann (SPD) und Astrid Rothe-Beinlich (GRÜNE).

Vor dem Hintergrund eines 90-prozentigen Anstiegs rassistisch motivierter Gewalttaten sei dieses Signal unerlässlich. Es sei aber auch wichtig, dass die Opfer, „die zugleich Zeugen sind, den Ermittlungsbehörden tatsächlich bis zum Abschluss der Verfahren zur Verfügung stehen“. Nicht selten müssten Ermittlungsverfahren aufgrund Mangels an Beweisen eingestellt werden oder gelangten erst gar nicht zur Staatsanwaltschaft, weil die Zeugen für eine Aussage wegen einer vollzogenen Abschiebung nicht mehr erreichbar gewesen seien. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden statt in der Zeit vom 5. bis 7. April, vom 3. bis 5. Mai und vom 31. Mai bis 2. Juni.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

Vorankündigung:

Der Thüringer Landtag und seine Fraktionen laden ein zum Tag der offenen Tür am Sonnabend, den 17. Juni.

Über die Aktivitäten der Linksfraktion immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de ■

JEFTA

Im Schatten von TTIP und CETA verhandelt die EU-Kommission hinter verschlossenen Türen mit Japan über ein weiteres Freihandelsabkommen. „Über das Japan-EU-Free-Trade-Agreement (JEFTA) ist die Öffentlichkeit zu Recht besorgt. Die geleakten Dokumente stellen klar, dass der Deal verheerende Folgen auf die Gesellschaft, Politik und Umwelt haben wird“, warnt LINKE-Politikerin Susanne Hennig-Wellsow. Mit JEFTA werde die öffentliche Daseinsvorsorge zusehends privatisiert, eine Paralleljustiz geschaffen, in der große Konzerne und Investoren Staaten verklagen können. So könnten z.B. Umweltstandards oder auch Arbeitsrechte über Klagen rückgängig gemacht werden. ■

Behindertenrecht

„Vor uns liegen noch jede Menge Aufgaben zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“, so MdL Karola Stange zum 8. Jahrestag des Inkrafttretens der Konvention in Deutschland am 26. März. Neben der Bekräftigung allgemeiner Menschenrechte geht es um zahlreiche auf die Lebenssituation behinderter Menschen abgestimmte Regelungen. Der Thüringer Maßnahmenplan beinhaltet einen Katalog von 285 Einzelmaßnahmen zur Herstellung gesellschaftlicher Zugänglichkeit bzw. Barrierefreiheit. „Auch mit der anstehenden Novelle des Thüringer Behindertengleichstellungsgesetzes und der Forderung nach Einführung eines Gehörlosengeldes setzen wir behindertenpolitische Akzente.“ ■

Arzneimittel

Wie die Techniker Krankenkasse (TK) mitteilte, wurden im vergangenen Jahr in Thüringen Medikamente im Wert von 1,36 Milliarden Euro verschrieben. Das sind 4,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Im Durchschnitt habe jeder gesetzlich Versicherte verschreibungspflichtige Medikamente im Wert von 693 Euro erhalten, der Bundeswert lag bei 606 Euro. Dass Thüringen mit rund 14 Prozent darüber liege sei auf die Altersstruktur zurückzuführen. Die Thüringer sind mit 46,8 Jahren mehr als zweieinhalb Jahre älter als im bundesweiten Durchschnitt. Jedem gesetzlich Versicherten seien 2016 im Schnitt sieben Medikamente verordnet worden und er habe 707 Tagesdosen zu sich genommen. ■